

Zusammenstellung der Medienberichterstattung zur
Motion Beat Gubser (EDU): Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen

1. Quelle: http://www.espace.ch/artikel_410959.html

sda [23.08.07 18:02]

Bern

Stadtparlament gegen Minarett-Verbot

Das Berner Stadtparlament hat am Donnerstag ein Minarett-Verbot mit 52 zu 12 Stimmen abgelehnt. Vor Wochenfrist hatte sich bereits die bernische Kantonsregierung gegen ein solches ausgesprochen, weil es die Glaubensfreiheit verletze.



Blick auf das Minarett einer Moschee in Genf. / Keystone

Minarette seien ein Symbol der Eroberung. Zur Ausübung der Religion brauchten Moslems in ihren Lokalen jedoch keine Minarette, argumentierte Motionär Beat Gubser (EDU). Der politischen Dimension des Islam gelte es frühzeitig Grenzen zu setzen.

Im Gegensatz zu Mohammed habe Jesus seiner Kirche nie den Auftrag gegeben, ein politisches Reich zu gründen. Der Islam dagegen sei auch eine Staatsform, er kenne keine Trennung von Kirche und Staat. Aus Passivität und falscher Toleranz entstehe kein Respekt. So gesehen sei ein Minarett-Verbot «vertretbar», sagte Gubser.

Der EDU-Mann fand indes lediglich bei der SVP und den Schweizer Demokraten (SD) Unterstützung. Erich Hess (SVP) lehnte den Bau von Minaretten namentlich mit dem Verweis auf eine Aussage des heutigen türkischen Staatschefs Erdogan von 1997 ab, als dieser noch Stadtpräsident von Istanbul war, und Minarette mit Bajonetten gleich gesetzt habe.

Drückebergerei-Vorwurf an Gemeinderat

Daniel Lerch (CVP), der ein Minarett-Verbot ebenfalls befürwortete, mahnte, die Signale der Gegner ernst zu nehmen. Auch die Freikirchen in der Schweiz lebten ihre Religion ohne solche Wahrzeichen aus.

Dieter Beyeler (SD) warf dem Gemeinderat «Drückebergerei» vor. Er versteckte sich in seiner kurzen Antwort auf den Vorstoss hinter dem Baugesetz und der Religionsfreiheit. Aufgabe des Gemeinderats sei es jedoch, die Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Die grosse Mehrheit des Rats gewichtete die Religionsfreiheit höher und lehnte den Vorstoss ab. «Alle Religionen suchen politischen Einfluss», relativiert Giovanna Battaglio (SP) die Bedenken der Befürworter, insbesondere an die Adresse der Vertreter der christlichen Parteien im Rat.

Chauvinistisch und selbstgefällig

Hasim Sancar (GB/JA) warnte davor, Tür und Tor für eine Ungleichbehandlung der Religionen zu öffnen. Die Verbotsforderung sei chauvinistisch und selbstgefällig. Integration ginge zwar auch ohne Minarett, aber «mit wäre schöner», sagte Hasim Sömnez (SP).

Aus der Multikultur lasse er sich nicht vertreiben, erklärte Rolf Zbinden (PdA). Die Gesinnung hinter dem Verbots-Vorstoss entspreche der «altbekannten Formel der biedereren Brandstifter» mit ihrer Ausgrenzung und ihren Aufrufen zum Hass. Gubser versuche einen «Kampf der kulturellen Zeichen» zu entfesseln.

Für Ueli Haudenschild (FDP) bewegte sich die Argumentation von Gubser «an der Basis von Intoleranz und Rassismus». Wer - wie Gubser - argumentiere, für ihn sei die Religionsfreiheit im Prinzip unbestritten, könne diese dann aber auch nicht relativieren.

Allerdings betonte Parteikollege Yves Seydoux auch die Grenzen der Religionsfreiheit: «Auch andere Kulturen sollen das anerkennen.» Für Christian Wasserfallen (FDP) gehörte die ganze Diskussion über dieses «heikle Thema» auf Bundes-, nicht auf Gemeindeebene.

2. Quelle: http://www.espace.ch/artikel_411280.html

Der Bund [24.08.07]

Stadt und Region

Stadtrat gegen Minarett-Verbot

Stadt Bern. Das Berner Stadtparlament hat gestern ein Minarett-Verbot mit 52 zu 12 Stimmen abgelehnt. Kürzlich hatte sich bereits die bernische Kantonsregierung gegen ein solches ausgesprochen, weil es die Glaubensfreiheit verletze. Minarette seien ein Symbol der Eroberung. Zur Ausübung der Religion bräuchten Moslems in ihren Lokalen keine Minarette, argumentierte Motionär Beat Gubser (edu). Die politische Dimension des Islam gelte es einzugrenzen. Im Gegensatz zu Mohammed habe Jesus seiner Kirche nie den Auftrag gegeben, ein politisches Reich zu gründen. Der Islam dagegen sei auch eine Staatsform, er kenne keine Trennung zwischen Kirche und Staat. Der EDU-Mann fand nur bei SVP und SD Unterstützung.

Die grosse Mehrheit des Rats gewichtete die Religionsfreiheit höher und lehnte den Vorstoss ab. «Alle Religionen suchen politischen Einfluss», sagte SP-Chefin Giovanna Battagliero an die Adresse christlicher Vertreter. (sda)

3. Quelle: http://www.espace.ch/artikel_411041.html

Berner Zeitung [24.08.07]

Stadtrat

Falsches Thema, falscher Ort

Hitzig diskutierte der Stadtrat über ein Minarettverbot in Bern. Eine entsprechende EDU-Motion lehnte er klar ab.

Eigentlich wars eine klare Sache gestern im Stadtrat: Mit 52 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen versenkte das Parlament eine Motion von Beat Gubser. Der EDU-Mann forderte, dass die Stadt Bern dem «politischen Islam» symbolische Grenzen setze. Verboten haben möchte Gubser vorab Minarette. Unterstützt wurde Gubser von der SVP und den Rechtsausserparteien. Trotzdem entbrannte eine heftige Debatte, eine Debatte notabene, die bereits vor Wochenfrist begonnen hatte. Hasim Sönmez (SP) geisselte gestern die «primitive und arrogante Art», wie hier gegen Minarette Stimmung gemacht werde. Rolf Zbinden (PdA) nannte die Promotoren von Minarettverboten gar «wiedergeborene Kreuzritter», welche zu Ausgrenzung anstifteten. Dieter Beyeler (SD) entgegnete, der Gemeinderat blende in seiner ablehnenden Antwort auf die Motion den Unterschied zwischen politischem und religiösem Islam aus. Das sei «politische Drückebergerei». In dieselbe Kerbe hieben Motionär Gubser und Erich Hess (SVP). Christian Wasserfallen (FDP) und Giovanna Battagliero (SP) holten die Diskussion mit ihren Voten auf den Boden zurück: Der Stadtrat von Bern sei der falsche Ort, um derlei zu entscheiden. «Das ist eine globale Diskussion», meinte Battagliero. azu

4. Quelle: <http://www.20min.ch/news/schweiz/story/14843518>

SDA/ATS

Akt. 23.08.07; 18:30 Pub. 23.08.07; 18:20 ast

Minarett-Verbot «an der Grenze zu Rassismus»

Das Berner Stadtparlament hat ein Minarett-Verbot mit 52 zu 12 Stimmen deutlich abgelehnt. Vor Wochenfrist hatte sich bereits die bernische Kantonsregierung gegen ein solches ausgesprochen, weil es die Glaubensfreiheit verletze.

Minarette seien ein Symbol der Eroberung und zur Ausübung der Religion brauchten Moslems in ihren Lokalen jedoch keine Minarette, argumentierte Motionär Beat Gubser (EDU). Der politischen Dimension des Islam gelte es frühzeitig Grenzen zu setzen.

Im Gegensatz zu Mohammed habe Jesus seiner Kirche nie den Auftrag gegeben, ein politisches Reich zu gründen. Der Islam dagegen sei auch eine Staatsform, er kenne keine Trennung von Kirche und Staat. Aus Passivität und falscher Toleranz entstehe kein Respekt. So gesehen sei ein Minarett-Verbot «vertretbar», sagte Gubser.

Der EDU-Mann fand indes lediglich bei der SVP und den Schweizer Demokraten (SD) Unterstützung. Erich Hess (SVP) lehnte den Bau von Minaretten namentlich mit dem Verweis auf eine Aussage des heutigen türkischen Staatschefs Erdogan von 1997 ab, als dieser noch Stadtpräsident von Istanbul war, und Minarette mit Bajonetten gleich gesetzt habe.

Drückebergerei-Vorwurf an Gemeinderat

Daniel Lerch (CVP), der ein Minarett-Verbot ebenfalls befürwortete, mahnte, die Signale der Gegner ernst zu nehmen. Auch die Freikirchen in der Schweiz lebten ihre Religion ohne solche Wahrzeichen aus.

Dieter Beyeler (SD) warf dem Gemeinderat «Drückebergerei» vor. Er verstecke sich in seiner kurzen Antwort auf den Vorstoss hinter dem Baugesetz und der Religionsfreiheit. Aufgabe des Gemeinderats sei es jedoch, die Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Die grosse Mehrheit des Rats gewichtete die Religionsfreiheit höher und lehnte den Vorstoss ab. «Alle Religionen suchen politischen Einfluss», relativiert Giovanna Battagliero (SP) die Bedenken der Befürworter, insbesondere an die Adresse der Vertreter der christlichen Parteien im Rat.

Chauvinistisch und selbstgefällig

Hasim Sancar (GB/JA) warnte davor, Tür und Tor für eine Ungleichbehandlung der Religionen zu öffnen. Die Verbotsforderung sei chauvinistisch und selbstgefällig. Integration ginge zwar auch ohne Minarett, aber «mit wäre schöner», sagte Hasim Sömnez (SP).

Aus der Multikultur lasse er sich nicht vertreiben, erklärte Rolf Zbinden (PdA). Die Gesinnung hinter dem Verbots-Vorstoss entspreche der «altbekannten Formel der biedereren Brandstifter» mit ihrer Ausgrenzung und ihren Aufrufen zum Hass. Gubser versuche einen «Kampf der kulturellen Zeichen» zu entfesseln.

Für Ueli Haudenschild (FDP) bewegte sich die Argumentation von Gubser «an der Basis von Intoleranz und Rassismus». Wer - wie Gubser - argumentiere, für ihn sei die Religionsfreiheit im Prinzip unbestritten, könne diese dann aber auch nicht relativieren.

Allerdings betonte Parteikollege Yves Seydoux auch die Grenzen der Religionsfreiheit: «Auch andere Kulturen sollen das anerkennen.» Für Christian Wasserfallen (FDP) gehörte die ganze Diskussion über dieses «heikle Thema» auf Bundes-, nicht auf Gemeindeebene.